

08.05.2015

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

das schwere Erdbeben im Himalaya hat schreckliche Verwüstungen und unsagbar viel menschliches Leid verursacht. Die Behörden in Nepal scheinen überfordert. Umso wichtiger ist es, dass die internationale Staatengemeinschaft weiterhin alles tut, um das Leid der Menschen zu lindern und dem Land bei der Bewältigung der Folgen zu helfen - von den ersten Notmaßnahmen bis zum Wiederaufbau.

Ein nach wie vor aktuelles Problem ist die Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Hier bringt Deutschland sich mit einer Kernkompetenz des Technischen Hilfswerks (THW) ein: Seit Sonntag können mit zwei Trinkwasseranlagen in Kathmandu bis zu 10.000 Liter Trinkwasser pro Stunde produziert werden, die dann über Tankfahrzeuge an die Menschen verteilt werden. Allen Rettern und Helfern der nationalen und internationalen Organisationen und allen, die mit Spenden helfen, sei an dieser Stelle gedankt.

Bedrückend ist, welche Aktualität in diesem Zusammenhang ein Punkt auf der Plenar-Tagesordnung dieser Woche bekommen hat: Es geht um den Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Besuch von OHB-Chef Marco Fuchs

Ich habe mich sehr gefreut, dass mich in dieser Woche ein guter Freund und bedeutender Unternehmer, der in Lilienthal in meinem Wahlkreis lebt und Chef des Raumfahrtkonzerns OHB mit Sitz in Bremen ist, in Berlin besucht hat. Marco Fuchs und ich haben uns erst bei mir im Büro auf ein Gespräch getroffen und waren anschließend zur Verabschiedung des Chefs des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), Johann-Dietrich Wörner, eingeladen. Herr Wörner wird ab 1. Juli diesen Jahres Chef der Europäischen Weltraumorganisation ESA werden. Das ist ein großer Erfolg für die deutsche Raumfahrt, dass wir einen Deutschen an der Spitze der ESA haben.

Beim Europäischen Ministertreffen im Dezember vergangenen Jahres wurde beschlossen, die Rakete Ariane 5 weiterzuentwickeln. Nach meinem Dafürhalten wäre es sinnvoll gewesen, die Ariane 5 weiterzuentwickeln und nicht eine komplette Neuentwicklung einer Ariane 6 anzustreben. Die Ariane 5 ist ein sehr erfolgreiches Modell, deren Weiterentwicklung gerade aus kaufmännischer Sicht sinnvoller gewesen wäre als eine neue Rakete zu konzipieren. Das war auf europäischer Ebene nicht durchzusetzen, da alle anderen Staaten eine neue Ariane 6 wollten.

Grundsätzlich halte ich es für wichtig, dass wir als Europäer uns einen eigenen Zugang zum All offenhalten. Was passiert, wenn wir uns auf andere Nationen und deren Raketen verlassen, haben wir im vergangenen Jahr gesehen, wo eine Sojus-Rakete einen Galileo-Satelliten auf einer falschen Umlaufbahn ausgesetzt hat und dieser Satellit nun für uns verloren ist und somit auch die Gelder, die er gekostet hat.



Sicherheit verlangt unser aller Einsatz

Den Behörden ist im hessischen Oberursel ein großer Ermittlungserfolg gelungen. Das festgenommene, vermutlich radikal islamistische Paar hatte offenbar einen Bombenanschlag auf das traditionelle Radrennen in Frankfurt am Main geplant. Schlimme Erinnerungen an das Attentat auf den Marathon in Boston sind beinahe unvermeidbar. Es ist zu hoffen, dass die Behörden die Planungen restlos aufklären und möglichen Hinterleuten auf die Spur kommen werden. Bislang können vor allem die Spuren in der Wohnung ausgewertet und Zeugen befragt werden. Es ist gut, dass die Behörden künftig auch auf Verbindungsdaten zurückgreifen können.

Der Vorfall in Hessen hat aber auch gezeigt, dass wir alle gefragt sind, wenn es um unsere Sicherheit geht. Es ist gut, dass es die Meldepflicht für den Kauf bestimmter chemischer Produkte in größeren Mengen gibt und es ist gut, dass aufmerksame Baumarktmitarbeiter die Polizei informiert haben.

Aber nicht nur die Polizeibehörden im Bund und Ländern leisten gute und wichtige Arbeit, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Auch die Arbeit der Nachrichtendienste trägt ganz wesentlich zur Sicherheit in Deutschland bei. Das muss bei allen Diskussionen um die Vorwürfe, die jetzt dem BND gemacht werden, auch klar und deutlich gesagt werden.

Deutschland hat angesichts der Bedrohungen etwa durch den islamistischen Terrorismus Sicherheitsinteressen. Und dafür brauchen wir neben der Polizei auch die Nachrichtendienste, um die Sicherheit in unserem Land garantieren zu können. Dazu gehört auch die jetzt in der Kritik

stehende Zusammenarbeit der Dienste. Klar ist auch: Die Anschuldigungen taugen nicht zur parteipolitischen Profilierung.

Wer auf der Basis von Vermutungen diskutiert, mag die Schlagzeilen des Tages beherrschen. Der Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes und seiner Menschen wird man so aber nicht gerecht. Den Vorwürfen wird in den dafür geschaffenen parlamentarischen Gremien nachgegangen. Dort kann man auch faktengestützt feststellen, ob Entscheidungen und Strukturen richtig waren und sind. Und wenn nicht, werden sie geändert. So war eine der Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss übrigens, dass die Behörden besser zusammenarbeiten und ihre Informationen austauschen müssen. Was im Inland richtig ist, kann bei der Zusammenarbeit mit befreundeten ausländischen Diensten nicht falsch sein. Aber es muss auf der Grundlage unserer Gesetze geschehen.

Erfreulich ist, dass Berlin in diesem Jahr erstmals seit Jahren einen überwiegend friedlichen und damit sicheren 1. Mai feiern konnte. Den Menschen ist es gelungen, die unbelehrbaren Krawalltouristen und Brandstifter so weit zu isolieren, dass eine gut aufgestellte und eingesetzte Polizei diese unfriedlichen Demonstranten im Griff hatte. In Weimar dagegen konnten Rechtsextremisten eine Mai-Kundgebung stören. Die thüringische Landesregierung sollte prüfen, ob sie alle Instrumente zur Verhinderung solcher Vorfälle nutzt.

Verschärfte Regelungen für die Erdgasförderung

Die Gesetzentwürfe zur Erdgasförderung und zum sogenannten Fracking, die in dieser Woche in den Bundestag eingebracht wurden, gehen in die richtige Richtung, sind aber bei weitem davon entfernt perfekt zu sein und benötigen deshalb eine erhebliche Verbesserung.

Das habe ich auch in meiner Rede in der Aussprache zu den Gesetzentwürfen im Plenum des Bundestages deutlich gemacht. Leider wird die Debatte rund um die Erdgasförderung nicht nur in der Öffentlichkeit sondern auch im Bundestag nahezu ausnahmslos mit dem missbrauchten Begriff „Fracking“ geführt. Mir, als jemand der von der Erdgasförderung persönlich betroffen ist, kommt bei dieser ganzen Diskussion, die seit Jahrzehnten praktizierte konventionelle Erdgasförderung viel zu kurz.

So fordern wir von der Union eine oberirdische Aufbereitung des Lagerstättenwassers durch die Technik der Ultrafiltration. Wir fordern eine echte Beweislastumkehr der Erdbeben-Geschädigten, damit diese nicht, wie bisher, auf ihrem finanziellen Schaden sitzen bleiben. Wir fordern, die willkürlich gegriffene 3000-Meter-Grenze, die zwischen Schiefergas und Tight-Gas-Förderung unterscheiden soll, zu streichen. Wir fordern auch im konventionellen Bereich eine stärkere und vor allem frühere Bürgerinformation und Beteiligung. Außerdem fordern wir eine Begrenzung der Erprobungsmaßnahmen im Bereich des Schiefergases auf maximal acht Forschungsbohrungen.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range